

Archiviert: Donnerstag, 25. Januar 2024 13:20:17

Von: [REDACTED]

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: AW: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 3. Januar 2024, 10 Uhr

Wichtigkeit: Normal

Vertraulichkeit: None

Anhang:

[240103_BMJ Anmerk. gesamt_IIC4.docx](#);

Liebe [REDACTED]

~

ich habe wie anliegend im SP geändert. Da BMJ in seiner Übersendungsmail auch noch Anregungen zur Ergänzung der Begründung (Existenzsicherung des Jobangebotes) hatte, habe ich dies ebenfalls gleich mit aufgenommen.

~

Viele Grüße

~

[REDACTED]

[REDACTED]

~

Von: [REDACTED]

Gesendet: Mittwoch, 3. Januar 2024 11:47

An: [REDACTED]

[REDACTED]

Cc: [REDACTED]

[REDACTED]

Betreff: WG: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 3. Januar 2024, 10 Uhr

Priorität: Hoch

~

Liebe [REDACTED]

liebe Kollegen,

\~

ich habe nachfolgend im sharepoint ein (Gesamt-)Dokument mit den Änderungen des BMJ aus beiden angehängten Dokumenten erstellt und bitte, die erforderlichen Änderungen im Änderungsmodus einzufügen und bitte kurz kommentieren, weshalb einer Anregung des BMJ gefolgt oder auch nicht gefolgt wird (bitte ausschließlich in dem unter nachfolgendem Link hinterlegten Dokument).

\~

Ich bitte um Rückmeldung bis **heute 16.00 Uhr**. Vielen Dank!

\~

[240103_BMJ Anmerk. gesamt.docx](#)

\~

@ Ilc 1 und Ilc 3 bereits cc wegen möglicher Auswirkungen auf die Kindergrundsicherung (steht noch nicht endgültig fest).

\~

Danke und viele Grüße!

\~

Freundliche Grüße

\~

[REDACTED]

\~

[REDACTED]

[REDACTED]

\~

\~

\~

\~

Von: [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 2. Januar 2024 16:48

An: [REDACTED]

[REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: WG: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 3.

Januar 2024, 10 Uhr

Priorität: Hoch

~

Liebe [REDACTED]

um Missverständnisse zu vermeiden, möchte ich darauf hinweisen, dass sich in den beigegeführten Dokumenten verschiedene Hinweise des BMJ finden. Ich bitte um Rückmeldung zu diesen Anmerkungen in Eurer jeweiligen Zuständigkeit. Wir kümmern uns jeweils um Artikel 2 und 3.

~

Liebe [REDACTED]

könntest Du Dir bitte die Hinweise zu den Artikeln 2 und 3 anschauen. [REDACTED] meinte nach ihrer Durchsicht, dass die Kommentare unproblematisch seien, bittet Dich aber nochmal um Durchsicht. Zum Kommentar zur Ergänzung der Verordnungsermächtigung können wir gern telefonieren. Ich frage mich, ob wir tatsächlich den Zusatz „ohne Zustimmung des Bundesrates“ aufnehmen sollten, in anderen Fällen machen wir das ja auch nicht.

~

Danke und viele Grüße,

[REDACTED]

~

~

Von: [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 2. Januar 2024 15:46

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: WG: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 2. Januar 2024, 11 Uhr

Priorität: Hoch

~

Liebe [REDACTED]

~

diese Stellungnahme ist soeben eingetroffen. Ich bitte um Beachtung zum Befüllen der Tabelle mit den Bewertungen und ggf. Ergänzung an geeigneter Stelle.

~

Danke und viele Grüße,

[REDACTED]

~

Von: [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 2. Januar 2024 15:43

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: WG: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 2. Januar 2024, 11 Uhr

Priorität: Hoch

~

Liebe [REDACTED]

liebe Kolleginnen und Kollegen,

~

anliegend übersenden wir unsere rechtsförmlichen Anmerkungen (Dokument "...mAnmBMJ") sowie die Anmerkungen der Gesetzesredaktion des BMJ (ehemals Redaktionsstab Rechtssprache; Dokument "...GRed").

~

In der erbetenen Kurzfristigkeit ist zu dem Entwurf aus grundrechtlicher Sicht Folgendes anzumerken: Wenn der Leistungsanspruch in Höhe des Regelbedarfs entfällt, dann betrifft dies das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (Artikel 1 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 GG). Dabei steht das Grundgesetz einer Entscheidung des Gesetzgebers nicht entgegen, von Empfängern staatlicher Sozialleistungen zu verlangen, an der Überwindung ihrer Hilfebedürftigkeit aktiv mitzuwirken (BVerfGE 152, 68, Rn. 126). Soweit der Gesetzgeber die Minderung existenzsichernder Leistungen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten vorsieht, sind strenge Verhältnismäßigkeitsanforderungen zu beachten; der Gesetzgeber muss der Wahl und Ausgestaltung seines Konzepts verfassungsrechtlich tragfähige Einschätzungen zugrunde legen (a.a.O., Rn. 132-134).

~

Auf Grundlage dieser Maßstäbe hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu Sanktionen im Sozialrecht von 2019 den in § 31a Absatz 1 Satz 3 SGB II a.F. geregelten vollständigen Wegfall des Arbeitslosengelds II für verfassungswidrig erachtet (a.a.O., Rn. 201 ff.). Dabei hat es insbesondere auf negative Folgen dieses Leistungsentzugs und den Mangel an tragfähigen Erkenntnissen abgestellt, aus denen sich ergibt, dass ein völliger Wegfall von existenzsichernden Leistungen geeignet und erforderlich wäre, das Ziel der Mitwirkung an der eigenen Hilfsbedürftigkeit zu fördern (a.a.O., Rn. 205, 207). Gleichzeitig hat es in einem obiter dictum die Rechtfertigung eines vollständigen Leistungsentzugs für möglich gehalten, wenn eine existenzsichernde und zumutbare Erwerbstätigkeit ohne wichtigen Grund willentlich verweigert wird, obwohl im Verfahren die Möglichkeit bestand, dazu auch etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen (a.a.O., Rn. 208). Auf dieses obiter dictum beruft sich nun das BMAS in der Begründung der vorgesehenen Regelung (Seiten 5 und 8 des Entwurfs).

~

Der Regelungsvorschlag für § 31a Absatz 7 SGB II-E orientiert sich nach unserer Einschätzung eng an den Erwägungen des Bundesverfassungsgerichts und nimmt eine Reihe von Punkten auf, die das Gericht in seiner Entscheidung als kritisch bewertet hatte. Insbesondere verweist die Regelung auf §§ 31 Absatz 1 Satz 2, 31a Absatz 3 SGB II, sodass ein Wegfall des Leistungsanspruch nach unserem Verständnis nicht in Betracht kommt, wenn eine außergewöhnliche Härte oder ein wichtiger Grund für das in Rede stehende Verhalten vorliegt. Weiterhin verstehen wir die Regelung so, dass der Wegfall des Leistungsanspruch aufzuheben ist, sobald die betroffene Person ihrer Mitwirkungspflicht nachkommt oder sich nachhaltig bereiterklärt, dies künftig zu tun (Verweis auf § 31a Absatz 1 Satz 6 SGB II in § 31a Absatz 7 Satz 3 SGB II-E); § 31b Absatz 3 SGB II-E sieht weiterhin vor, dass die Minderung aufgehoben wird, wenn die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme nicht mehr besteht, spätestens aber mit dem Ablauf eines Zeitraums von zwei Monaten. Diese Regelung trägt dem Umstand Rechnung, dass es den Betroffenen tatsächlich möglich sein muss, eine Leistungsminderung durch zumutbares Verhalten abzuwenden und die Leistung wiederzuerlangen, und die Leistungsminderung enden muss, sobald die geforderte Mitwirkung erfolgt (a.a.O., Rn. 133, 186). Mit der Eingrenzung, dass der Leistungsanspruch "in Höhe des Regelbedarfs" entfällt, soll nach unserem Verständnis dem Risiko des Wohnungsverlusts begegnet werden, welchem das Bundesverfassungsgericht ein hohes Gewicht zugemessen hatte (a.a.O., Rn. 205-206). Auch wird in der Begründung (Seite 9 des Entwurfs) darauf verwiesen, dass Betroffene die Möglichkeit haben müssen, etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen, die einer Arbeitsaufnahme bei objektiver Betrachtung entgegengestanden haben. Wir gehen aufgrund dieser Stelle in der Begründung davon aus, dass die Regelungskonzeption diese Möglichkeit auch tatsächlich in jedem Einzelfall gegeben sein wird; andernfalls bitten wir um einen Hinweis.

~

Es ist h.E. bereits fraglich, ob es in der speziellen Konstellation, dass ein zumutbares Arbeitsangebot tatsächlich besteht, verfassungsrechtlich erforderlich wäre, dass der vorgesehene Wegfall von Leistungen auf tragfähigen Erkenntnissen zur Geeignetheit und Erforderlichkeit dieser Maßnahme zur Erzielung der gewünschten Effekte beruht. In seiner Entscheidung hat das Gericht beim damals vorgesehenen völligen Wegfall von Leistungen bei der Verletzung von Mitwirkungspflichten zwar tragfähige Erkenntnisse zur Geeignetheit und Erforderlichkeit für erforderlich gehalten und auf die Gefahr hingewiesen, dass Betroffene den Kontakt zum Jobcenter ganz abbrechen oder ihre Bedarfe durch illegale Erwerbsarbeit oder Kriminalität zu decken suchen könnten (a.a.O., Rn. 205-207). Nicht geeignet und nicht verfassungsrechtlich zu rechtfertigen wäre ein Leistungsentzug dann, wenn er regelmäßig nicht zur Überwindung der Hilfsbedürftigkeit, sondern zu einem "Ausstieg aus dem System" führt (a.a.O., Rn. 144). Dem Eignungsmangel und der fehlenden Eignung von Sanktionen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten im Allgemeinen (a.a.O., Rn. 208) stellt das Gericht aber die Konstellation einer mangelnden Mitwirkung durch Aufnahme einer tatsächlich existenzsichernden und zumutbaren Arbeit gegenüber und zieht hier Parallelen zur Verfügbarkeit anderen Vermögens oder anderem Einkommen, also einer fehlenden Bedürftigkeit (a.a.O., Rn. 209):

“Anders liegt dies folglich, wenn und solange Leistungsberechtigte es selbst in der Hand haben, durch Aufnahme einer ihnen angebotenen zumutbaren Arbeit (§ 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II) ihre menschenwürdige Existenz tatsächlich und unmittelbar durch die Erzielung von Einkommen selbst zu sichern. Ihre Situation ist dann im Ausgangspunkt derjenigen vergleichbar, in der keine Bedürftigkeit vorliegt, weil Einkommen oder Vermögen aktuell verfügbar und zumutbar einsetzbar sind. Wird eine solche tatsächlich existenzsichernde und im Sinne des § 10 SGB II zumutbare Erwerbstätigkeit ohne wichtigen Grund im Sinne des § 31 Abs. 1 Satz 2 SGB II willentlich verweigert, obwohl im Verfahren die Möglichkeit bestand, dazu auch etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen, die einer Arbeitsaufnahme bei objektiver Betrachtung entgegenstehen könnten, ist daher ein vollständiger Leistungsentzug zu rechtfertigen.“

Dies spricht dafür, dass in der Konstellation eines bestehenden Arbeitsangebots bereits keine ähnlich hohen Anforderungen an die Darlegung der Geeignetheit und Erforderlichkeit wie bei der Verletzung von sonstigen Mitwirkungspflichten anzunehmen sind. Auch wenn es keine Anzeichen dafür gibt, dass diese Ausführungen nicht mehr der Position des Gerichts entsprechen, regen wir aus Gründen der Vorsicht an, dass BMAS als federführendes Ressort die fachlichen Einschätzungen zur Geeignetheit und Erforderlichkeit dieser Maßnahme zur Überwindung der Hilfsbedürftigkeit noch etwas ausführlicher darstellt; BMJ fehlt es als mitprüfendem Ressort an Erfahrungen aus der Praxis. Der Entwurf verweist auf Praxisberichte aus den Jobcentern, wonach

"einige wenige Beziehende von Bürgergeld zumutbare Arbeitsaufnahmen beharrlich verweigern und somit bewusst ihre Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten beziehungsweise nicht vermindern" (Seite 8 des Entwurfs).~

~

Weiterhin bitten wir um fachliche Prüfung, ob der Regelungsvorschlag einen Leistungsentzug auch dann ermöglichen soll, wenn das vorhandene Arbeitsangebot nicht existenzsichernd wäre. In seiner Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht schließlich die Rechtfertigung eines vollständigen Leistungsentzugs dann für denkbar gehalten, wenn eine tatsächlich existenzsichernde und zumutbare Erwerbstätigkeit ohne wichtigen Grund willentlich verweigert wird (a.a.O., Rn. 209). Während der Regelungstext die Eingrenzungen nach der Zumutbarkeit und dem wichtigen Grund für die Verweigerung im Regelungsentwurf widerspiegelt, greift er das Kriterium der tatsächlichen Existenzsicherung nicht auf. Sollte auch eine Beschäftigung erfasst sein, deren Lohn selbst nicht existenzsichernd ist, empfehlen wir die Begründung zu ergänzen, aus welchen Gründen das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum auch in diesen Fällen gewährleistet ist (z.B. durch ein „Aufstocken“ des Lohnes).~

~

Soweit BMAS auf Seite 9 des Entwurfs verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine alternative Ausgestaltung, die eine unmittelbare Überwindung der Hilfebedürftigkeit voraussetzt, im Hinblick auf Artikel 3 Absatz 1 GG geltend macht, ist uns nicht klar, welche Überlegungen dem zugrunde liegen und warum eine derartige verfassungsrechtliche Argumentation überhaupt für erforderlich gehalten wird. Wenn BMAS diese alternative Ausgestaltung für fachlich sinnvoll hält, wären wir dankbar für eine Darlegung der dafür sprechenden Gründe, um auf dieser Grundlage eine verfassungsrechtliche Einschätzung abgeben zu können. Wenn BMAS diese alternative Ausgestaltung bereits fachlich ablehnt, bedarf es keines Rückgriffs auf das Verfassungsrecht. Insofern bitten wir darum, jedenfalls den Satz "Dies erscheint im Hinblick auf Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz verfassungsrechtlich bedenklich." auf Seite 9 des Entwurfs zu streichen.

~

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[Redacted signature]

[Redacted name]

[Redacted position]

[Redacted contact info]

[Redacted contact info]

[Redacted contact info]

[Redacted contact info]

[Redacted contact info]

~

~

Von: [REDACTED]

Gesendet: Donnerstag, 28. Dezember 2023 10:20:39 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rome, Stockholm, Vienna

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 2. Januar 2024, 11 Uhr

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

~

das BMF hat das BMAS gebeten, Regelungsbeiträge für ein Zweites HaushaltsfinanzierungsG 2024 zu übersenden, die mit den betroffenen Ressorts abgestimmt sind. Für den Bereich „Arbeitsmarkt“ übersende ich beigefügten Entwurf mit der Bitte um Stellungnahme bis zum **2. Januar 2024, 11 Uhr** an mich sowie das Referatspostfach IIa1@bmas.bund.de. Sollte mir bis zum Ablauf der angegebenen Frist keine Stellungnahme vorliegen, gehe ich von Ihrer Zustimmung aus (**Verschweigungsfrist**).

~

Der Entwurf enthält Regelungen zu den folgenden Bereichen:

~

1. Leistungsentzug bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung

Aus den Jobcentern gibt es Praxisberichte, dass einige wenige Beziehende von Bürgergeld zumutbare Arbeitsaufnahmen beharrlich verweigern und somit bewusst ihre Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten beziehungsweise nicht vermindern. Der soziale Rechtsstaat ist darauf angewiesen, dass Mittel der Allgemeinheit, die zur Hilfe für deren bedürftige Mitglieder bestimmt sind, nur in Fällen in Anspruch genommen werden, in denen wirkliche Bedürftigkeit vorliegt. Über die mit dem Bürgergeld-Gesetz zum 1. Januar 2023 in Kraft getretene Neuregelung hinaus hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG 1 BvL 7/16, Randziffer 209) auch einen vollständigen Wegfall der Leistungen in bestimmten Fallkonstellationen als möglich erachtet. Diese Möglichkeit wird nunmehr gesetzlich ausgestaltet.

~

2. Abschaffung des Bürgergeldbonus

Der Bürgergeldbonus, der mit dem Bürgergeld-Gesetz eingeführt wurde, wird abgeschafft. Der Kerngedanke des Bürgergeld-Gesetzes, durch Weiterbildung mehr dauerhafte Arbeitsmarktintegrationen zu erreichen, bleibt unverändert erhalten. Die finanziellen Anreize Weiterbildungsgeld und Weiterbildungsprämie werden weiterhin an Teilnehmende berufsabschlussbezogener Weiterbildungen gezahlt.

~

3. Teilweise Erstattung der Finanzierungsbeitragung durch die BA

Zum teilweisen Ausgleich der Finanzierungsbeitragung des Bundes in den Jahren 2020 und 2021 leistet die BA zum Ende der Jahre 2024 und 2025 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und zum Ende der Jahre 2026 und 2027 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an den Bund. Die Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen auf vier

Jahre ist erforderlich, um der BA in jedem dieser Jahre einen positiven Finanzierungssaldo zu ermöglichen.

~

4. Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung: Ergänzung der Verordnungsermächtigung

Zudem werden die Voraussetzungen ergänzt, unter denen die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen kann, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden. Eine Absenkung durch die Bundesregierung ist danach nur zulässig, wenn die BA eine Rücklage in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gebildet hat. Dies erhöht die Rechtssicherheit für die BA und die Beitragszahlenden.

~

Das Bundesministerium der Justiz bitte ich um Prüfung in rechtssystematischer und rechtsförmlicher Hinsicht (Rechtsprüfung) im Sinne des § 46 Absatz 1 GGO.

~

Den Redaktionsstab Rechtssprache bitte ich, den Entwurf auf seine sprachliche Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen.

~

Die Ergebnisse der Vorprüfung zum Digitalcheck sind beigefügt.

~

Freundliche Grüße,

~

Im Auftrag

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten sind in der [Datenschutzerklärung](#) des BMAS zu finden. Sollte ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann diese auch in Textform übermittelt werden.

~

Referentenentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024

[{Beitrag BMAS Abteilung II "Arbeitsmarkt"}]

Kommentiert [AB1]: da keine Kurzbezeichnung etc. bitte mit eckigen Klammern den Hinweisscharakter signalisieren

A. Problem und Ziel

[BMF: Bitte die haushälterische Zielsetzung des Entwurfs insgesamt ergänzen]

Kommentiert [AB2]: Hinweis in eckige Klammern setzen

B. Lösung

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden die Regelungen für den Fall von bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung verschärft. Der Bürgergeldbonus wird abgeschafft.

Kommentiert [AB3]: Regelungen *bei* nachhaltiger Arbeitsverweigerung?
- eine Verkürzung; gemeint sein dürfte
... werden die Regelungen für den Fall von nachhaltiger Arbeitsverweigerung verschärft.

> bitte prüfen

Kommentiert [RU-B4]: übernommen

Zum teilweisen Ausgleich der Finanzierungsbeteiligung des Bundes in den Jahren 2020 und 2021 leistet die Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Ende der Jahre 2024 und 2025 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und zum Ende der Jahre 2026 und 2027 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an den Bund. Die Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen auf vier Jahre ist erforderlich, um der BA in jedem dieser Jahre einen positiven Finanzierungssaldo zu ermöglichen.

Zudem werden die Voraussetzungen ergänzt, unter denen die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen kann, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden. Eine Absenkung durch die Bundesregierung ist danach nur zulässig, wenn die BA eine Rücklage in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gebildet hat. Dies erhöht die Rechtssicherheit für die BA und die Beitragszahlenden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende entstehen durch die Regelung des Leistungsentzugs bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung Minderausgaben beim Bürgergeld in Höhe von rund 170 Millionen Euro jährlich. Davon entfallen rund 150 Millionen Euro auf den Bund und 20 Millionen Euro auf die Kommunen. Für den Bürgergeldbonus, der mit diesem Gesetz abgeschafft wird, wurde bei seiner gesetzlichen Einführung von schätzungsweisen geschätzten Mehrausgaben in Höhe von rund 100 Millionen Euro ausgegangen, die innerhalb des budgetierten Eingliederungstitels SGB II erbracht wurden und die daher nicht haushaltswirksam zusätzlich zur Verfügung standen. Daher wird dieser Mittelansatz mit der Abschaffung des Bürgergeldbonus nicht reduziert.

Kommentiert [AB5]: schätzungsweise ist ein Adverb (ist unveränderlich, kann nicht zur näheren Bestimmung eines Substantivs vor einem solchen stehen)
> siehe Änderung

Kommentiert [RU-B6]: übernommen

Die zu leistenden Zahlungen der BA führen beim Bund zu Mehreinnahmen in Höhe von jeweils 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2024 bis 2025 und in Höhe von jeweils 1,1 Milliar-

den Euro in den Jahren 2026 und 2027. Im Haushalt der BA entstehen durch die zu leistenden Zahlungen Mehrausgaben in Höhe von jeweils 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2024 bis 2025 und in Höhe von jeweils 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2026 und 2027.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Durch das Gesetz entsteht kein Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht durch das Gesetz kein Erfüllungsaufwand.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Es werden keine zusätzlichen Informationspflichten eingeführt, geändert oder abgeschafft.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende ergeben sich durch die Streichung des Bürgergeldbonus Einsparungen beim laufenden Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 2 Millionen Euro jährlich. Nach § 46 Absatz 3 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) trägt der Bund 84,8 Prozent der Gesamtverwaltungskosten der Jobcenter; 15,2 Prozent tragen die Kreise und kreisfreien Städte.

Für den Bund und die BA ~~entstehen~~ ~~entstehen~~ für die Administration der Zahlungen (teilweise Erstattung der Finanzierungsbeteiligung durch die BA) einmaliger Erfüllungsaufwand in geringfügiger Höhe.

F. Weitere Kosten

Durch die Gesetzesänderungen entstehen keine weiteren Kosten; Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sowie auf die sozialen Sicherungssysteme sind nicht zu erwarten.

Kommentiert [AB7]: Singular

Kommentiert [RU-B8]: übernommen

Kommentiert [REDACTED]: Hier würde ich eher den Plural also „entstehen“ als korrekt ansehen. Sowohl beim Bund als auch bei der BA fällt Erfüllungsaufwand an.

Referentenentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024

(Beitrag BMAS Abteilung II "Arbeitsmarkt")

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch [...] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 16j wie folgt gefasst:

„§ 16j (weggefallen)“.

2. In § 5 Absatz 5 wird die Angabe „16f bis 16k“ durch die Angabe Wörter „16f bis 16i und 16k“ ersetzt.

3. § 16j wird aufgehoben.

4. Dem § 31a wird folgender Absatz 7 angefügt:

„(7) Abweichend von Absatz 4 Satz 1 entfällt der Leistungsanspruch in Höhe des Regelbedarfes, wenn erwerbsfähige Leistungsberechtigte sich willentlich weigern, eine zumutbare Arbeit nicht aufzunehmen. Die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme muss tatsächlich und unmittelbar bestehen und willentlich verweigert werden. Absatz 1 Satz 6, Absatz 2 und 3 sowie § 31 Absatz 1 Satz 2 finden Anwendung.“

5. § 31b wird wie folgt geändert:

- a) Absatz Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt: Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) In den Fällen des § 31a Absatz 7 wird die Minderung aufgehoben, wenn die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme nicht mehr besteht, spätestens aber mit dem Ablauf eines Zeitraums von zwei Monaten. Absatz 1 Satz 1 und Satz 3 sowie Absatz 2 Satz 2 sind entsprechend anzuwenden.“

- b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

6. In § 32 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe werden die Wörter „Absatz 1 und 3“ durch die Angabe Wörter „Absatz 1 und 4“ ersetzt.

Kommentiert [SL10]: Muss noch ergänzt werden

Formatiert: Revision Verzeichnis 9, Einzug: Links: 0,75 cm, Hängend: 1,26 cm, Tabstopps: 2,01 cm, Links

Kommentiert [SL11]: Eine gemischte Textstelle wird ab zwei Wörtern als „Wörter“ bezeichnet

Kommentiert [SL12]: Der Änderungsbefehl „anfügen“ beginnt grds. mit dem Wort „Dem“

Formatiert: Einzug: Links: 0,75 cm, Erste Zeile: 0,62 cm, Tabstopps: 2,25 cm, Links + Nicht an 1,5 cm

Kommentiert [AB13]: sprachlogisches Problem, da man sich nicht *unwillentlich* *weigern* kann (*Weigerung* enthält immer einen Willensausdruck: es ablehnen, etwas Bestimmtes zu tun = bewusste Entscheidung) > daher hier gelöscht > ggf. anders formulieren

Kommentiert []: Löschen wird abgelehnt. Formulierung aus dem Urteil des BVerfG 1:1 übernommen. „Willentlich“ hat hier noch eine verstärkende Funktion insbesondere in Abgrenzung zum § 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SGB II. Kann in den Fachlichen Weisungen dann noch „ausgeschmückt“ werden.

Kommentiert [SL15]: Beim Änderungsbefehl „ersetzen“ würde der komplette Wortlaut überschrieben werden. Daher hier bitte den Änderungsbefehl „einfügen“ nehmen.

Formatiert: Einzug: Links: 1,5 cm, Erste Zeile: 0,62 cm, Tabstopps: 3 cm, Links + Nicht an 1,5 cm

Artikel 2

Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 352 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates nach Maßgabe der Finanzlage der Bundesagentur sowie unter Berücksichtigung der Beschäftigungs- und Wirtschaftslage sowie deren voraussichtlicher Entwicklung zu bestimmen, dass die Beiträge zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden, sofern die Bundesagentur eine Rücklage nach § 366 Absatz 1 in Höhe von mindestens 0,8 Prozent im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt gebildet hat.“

2. **Dem** § 363 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Zum teilweisen Ausgleich der Finanzierungsbeteiligung des Bundes in den Jahren 2020 und 2021 leistet die Bundesagentur zum Ende der Jahre 2024 und 2025 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und zum Ende der Jahre 2026 und 2027 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an den Bund.“

Kommentiert [SL16]: Muss noch ergänzt werden

Kommentiert [BMJ, IVA217]: Es fehlt die Angabe zur Frage der Beteiligung des BR (mit/ohne Zustimmung BR - vgl. HdR Rz. 405) - soweit das Zweite HH-Finanzierungsgesetz letztlich insgesamt zustimmungsfrei bleibt und an dieser Stelle auch keine Ausführung durch die Länder betroffen ist (so wohl der Fall, vorbehaltlich fachlicher Prüfung), wäre ein "ohne Zustimmung des BR" als deklaratorische Angabe (vgl. HdR Rz. 406) zu ergänzen (da in diesem Fall der VO-Erlass weder zustimmungsbedürftig ist nach Art. 80 Abs. 2 Var. 4 GG noch nach Art. 80 Abs. 2 Var. 5 GG).

Kommentiert [SL18]: s.o.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

[BMF: Bitte die haushälterische Zielsetzung des Entwurfs insgesamt ergänzen.]

Kommentiert [AB19]: wie im Vorblatt

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Leistungsentzug bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung

Aus den Jobcentern gibt es Praxisberichte, dass einige wenige Beziehende von Bürgergeld zumutbare Arbeitsaufnahmen beharrlich verweigern und somit bewusst ihre Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten beziehungsweise nicht vermindern. Der soziale Rechtsstaat ist darauf angewiesen, dass Mittel der Allgemeinheit, die zur Hilfe für deren bedürftige Mitglieder bestimmt sind, nur in Fällen in Anspruch genommen werden, in denen wirkliche Bedürftigkeit vorliegt. Über die mit dem Bürgergeld-Gesetz zum 1. Januar 2023 in Kraft getretene Neuordnung hinaus hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG 1 BvL 7/16, Randziffer 209) auch einen vollständigen Wegfall der Leistungen in bestimmten Fallkonstellationen als möglich erachtet. Diese Möglichkeit wird mit dieser Regelung nunmehr gesetzlich ausgestaltet.

Kommentiert [AB20]: ohne Komma

Abschaffung des Bürgergeldbonus

Der Bürgergeldbonus, der mit dem Bürgergeld-Gesetz eingeführt wurde, wird abgeschafft. Der Kerngedanke des Bürgergeld-Gesetzes, durch Weiterbildung mehr dauerhafte Arbeitsmarktintegrationen zu erreichen, bleibt unverändert erhalten. Die finanziellen Anreize durch das Weiterbildungsgeld und die Weiterbildungsprämie werden weiterhin an Teilnehmende berufsabschlussbezogener Weiterbildungen gezahlt. Teilnehmende, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine mit dem Bürgergeldbonus förderfähige Maßnahme angetreten haben, erhalten den Bonus bis zum Austritt aus oder dem Abschluss der Maßnahme (§ 66 Absatz 1 SGB II).

Kommentiert [AB21]: Anreize durch Weiterbildungsgeld ...
ODER
Anreize „Weiterbildungsgeld“ und „Weiterbildungsprämie“ ...
> bitte prüfen

Teilweise Erstattung der Finanzierungsbeteiligung durch die BA

Zum teilweisen Ausgleich der Finanzierungsbeteiligung des Bundes in den Jahren 2020 und 2021 leistet die BA zum Ende der Jahre 2024 und 2025 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und zum Ende der Jahre 2026 und 2027 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an den Bund. Die Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen auf vier Jahre ist erforderlich, um der BA in jedem dieser Jahre einen positiven Finanzierungssaldo zu ermöglichen.

Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung: Ergänzung der Verordnungsermächtigung

Zudem werden die Voraussetzungen ergänzt, unter denen die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen kann, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden. Eine Absenkung durch die Bundesregierung ist danach nur zulässig, wenn die BA eine Rücklage in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gebildet hat. Dies erhöht die Rechtssicherheit für die BA und die Beitragszahlenden.

III. Alternativen

Keine.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes folgt für die Änderungen im SGB II aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 12 des Grundgesetzes (GG) (Arbeitsvermittlung) und Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG (öffentliche Fürsorge) in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 GG. Der Bund hat die Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende, da hier die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse mit einer bundesgesetzlichen Regelung erforderlich ist (Artikel 72 Absatz 2 GG). Nur durch die Gesetzgebung des Bundes lassen sich einheitliche Lebensverhältnisse gewährleisten. In der Bundesrepublik Deutschland bestehen beim Beschäftigungsstand und Einkommensniveau erhebliche regionale Unterschiede. Durch eine einheitliche Bundesgesetzgebung im Bereich der öffentlichen Fürsorge wird verhindert, dass sich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland das Sozialgefüge auseinanderentwickelt.

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Änderungen des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 12 des Grundgesetzes (Arbeitsvermittlung, Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung).

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Die Rechtsänderungen zum SGB III bewirken keine relevanten Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen für den Bund. Im SGB II bewirkt die Streichung des Bürgergeldbonus eine Entlastung von Aufgaben bei den Jobcentern, für die mit dem Bonus zusammenhängende Beratung und Zahlbarmachung.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Gesetz steht im Einklang mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Die Regelungen zielen unter anderem darauf ab, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, das Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und Schnittstellen zu reduzieren sowie steigende Ausgaben, etwa beim Bürgergeld, zu bremsen. Somit trägt das Gesetz zur Erreichung der Ziele im Bereich Staatsverschuldung (Indikator 8.2) der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bei.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende entstehen durch die Regelung des Leistungsentzugs bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung Minderausgaben beim Bürgergeld in Höhe von rund 170 Millionen Euro jährlich. Davon entfallen rund 150 Millionen Euro auf den Bund und rund 20 Millionen Euro auf die Kommunen. Für den Bürgergeldbonus, der mit diesem Gesetz abgeschafft wird, wurde bei seiner gesetzlichen Einführung schätzungsweise von

Kommentiert [AB22]: ohne Bindestrich

Kommentiert [RU-B23]: übernommen

Mehrausgaben in Höhe von rund 100 Millionen Euro ausgegangen, die innerhalb des budgetierten Eingliederungstitels SGB II erbracht wurden und die daher nicht haushaltswirksam zusätzlich zur Verfügung standen. Daher wird dieser Mittelansatz mit der Abschaffung des Bürgergeldbonus nicht reduziert.

Die zu leistenden Zahlungen der BA führen beim Bund zu Mehreinnahmen in Höhe von jeweils 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2024 bis 2025 und in Höhe von jeweils 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2026 und 2027. Im Haushalt der BA entstehen durch die zu leistenden Zahlungen Mehrausgaben in Höhe von jeweils 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2024 bis 2025 und in Höhe von jeweils 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2026 und 2027.

4. Erfüllungsaufwand

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende ergeben sich durch die Streichung des Bürgergeldbonus Einsparungen beim laufenden Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 2 Millionen Euro jährlich. Nach § 46 Absatz 3 SGB II trägt der Bund 84,8 Prozent der Gesamtverwaltungskosten der Jobcenter; 15,2 Prozent tragen die Kreise und kreisfreien Städte.

Für den Bund und die BA entstehen für die Administration der Zahlungen einmaliger Erfüllungsaufwand in geringfügiger Höhe.

5. Weitere Kosten

Durch die Gesetzesänderungen entstehen keine weiteren Kosten; Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sowie auf die sozialen Sicherungssysteme sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituation von Frauen und Männern sind keine Auswirkungen erkennbar, die gleichstellungspolitischen Zielen gemäß § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien zuwiderlaufen.

VII. Befristung; Evaluierung

Es ist keine Befristung vorgesehen. Die Regelungen sind auf Dauer angelegt. Die Zahlungen der BA an den Bund sind bis zum Ende des Jahre 2027 vorgesehen.

Die zeitnahe Untersuchung der Wirkungen der Leistungen zur Eingliederung und der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie der Wirkungen der Arbeitsförderung ist nach § 55 Absatz 1 SGB II sowie nach § 280 in Verbindung mit § 282 SGB III gesetzlich normiert und ständige Aufgabe der BA. Eines gesonderten Evaluationsauftrages für die Regelungen ~~des~~ des Artikels 1 und 2 bedarf es daher in diesem Gesetz nicht.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Folgeänderung zu Nummer 3.

Zu Nummer 2 (§ 5)

Folgeänderung zu Nummer 3.

Zu Nummer 3 (§ 16j)

Der Bürgergeldbonus, der mit dem Bürgergeld-Gesetz eingeführt wurde, wird abgeschafft. Der Kerngedanke des Bürgergeld-Gesetzes, durch Weiterbildung mehr dauerhafte Arbeitsmarktintegrationen zu erreichen, bleibt unverändert erhalten. Die finanziellen Anreize durch das Weiterbildungsgeld und die Weiterbildungsprämie werden weiterhin an Teilnehmende berufsabschlussbezogener Weiterbildungen gezahlt. Teilnehmende, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine mit dem Bürgergeldbonus förderfähige Maßnahme angetreten haben, erhalten den Bonus bis zum Austritt aus oder dem Abschluss der Maßnahme (§ 66 Absatz 1 SGB II).

Kommentiert [AB24]: s. Anm. oben
> bitte analog ändern

Zu Nummer 4 (§ 31a)

Das SGB II sieht bei wiederholten Pflichtverletzungen, wie zum Beispiel der Weigerung, eine zumutbare Arbeit aufzunehmen, fortzuführen oder deren Anbahnung zu verhindern, Leistungsminderungen von bis zu 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfes für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten vor. Aus den Jobcentern gibt es Praxisberichte, dass einige wenige Beziehende von Bürgergeld zumutbare Arbeitsaufnahmen beharrlich verweigern und somit bewusst ihre Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten beziehungsweise nicht vermindern. Hier bedarf es einer Regelung, die insbesondere auch präventiv wirkt, um die Sicherung der menschenwürdigen Existenz insbesondere durch Erzielung von Einkommen in der Verantwortung der Menschen zu belassen.

Kommentiert [AB25]: es sind nicht irgendwelche Menschen, sondern Arbeitssuchende oder B-Geld-Bezieher [oder noch anderer Begriff]
> bitte wenn möglich durch Einsetzen des passenden Begriffs präzisieren

Kommentiert [REDACTED]: Menschen hier richtig, da die präventive Komponente ja insbesondere auch Personen umfasst, die kein Bürgergeld beziehen.

Der soziale Rechtsstaat ist darauf angewiesen, dass Mittel der Allgemeinheit, die zur Hilfe für deren bedürftige Mitglieder bestimmt sind, nur in Fällen in Anspruch genommen werden, in denen wirkliche Bedürftigkeit vorliegt. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 5. November 2019 (1 BvL 7/16) entschieden, dass der Staat grundsätzlich Leistungsminderungen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten einsetzen darf. Über die mit dem Bürgergeld-Gesetz zum 1. Januar 2023 in Kraft getretene Neuregelung hinaus, hat das Bundesverfassungsgericht auch einen vollständigen Wegfall der Leistungen in bestimmten Fallkonstellationen als möglich erachtet: „Wird eine solche tatsächlich existenzsichernde und im Sinne des § 10 SGB II zumutbare Erwerbstätigkeit ohne wichtigen Grund im Sinne des § 31 Abs. 1 Satz 2 SGB II willentlich verweigert, obwohl im Verfahren die Möglichkeit bestand, dazu auch etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen, die einer Arbeitsaufnahme bei objektiver Betrachtung entgegenstehen könnten, ist daher ein vollständiger Leistungsentzug zu rechtfertigen.“ (BVerfG 1 BvL 7/16, Randziffer 209). Diese Möglichkeit wird mit dieser Regelung nunmehr wahrgenommen und gesetzlich umgesetzt.

Abweichend von der in § 31a Absatz 4 Satz 1 geregelten Begrenzung der Minderungshöhe auf 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs entfällt nach Absatz 7 Satz 1 der Leistungsanspruch in Höhe des Regelbedarfes, wenn erwerbsfähige Leistungsberechtigte sich willentlich weigern, eine zumutbare Arbeit nicht anzunehmen oder aufzunehmen. Einer vorherigen Leistungsminderung bedarf es hierfür nicht. Der Wegfall der Leistungen ist auf den Regelbedarf begrenzt. Eine Kürzung der Kosten der Unterkunft und Heizung wäre mit dem im Urteil besonders hervorgehobenen Schutz vor einem Wohnungsverlust nicht zu vereinbaren. Es widerspräche dem Zweck des SGB II, wenn die Betroffenen die Grundlagen dafür verlören, überhaupt wieder in Arbeit zu kommen (BVerfG 1 BvL 7/16, Randziffer 202, 203.). Ebenso ist eine Minderung der für bestimmte Zwecke vorgesehenen Mehrbedarfe nach § 21 ausgeschlossen.

Kommentiert [AB27]: s. Anm. dazu im Regelungsteil
> bitte hier analog dazu ändern

Kommentiert [REDACTED]: Ablehnung. Begründung s.o.

Kommentiert [PDU-B29]: Ggf. in Satz 2 ziehen? s.o.

Kommentiert [AB30]: s. Anm. dazu im Regelungsteil
> bitte hier analog dazu ändern

Kommentiert [REDACTED]: Ablehnung. Begründung s.o.

Kommentiert [PDU-B32]: Ggf. in Satz 2 ziehen? s.o.

Kommentiert [REDACTED]: übertragen in Satz 2

Nach § 31a Absatz 7 Satz 2 muss die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme tatsächlich und unmittelbar bestehen und die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person sich willentlich weigern, eine zumutbare Arbeit anzunehmen oder aufzunehmen. Das bedeutet, es muss

sich um ein konkretes Arbeitsangebot handeln, dass von der bürgergeldbeziehenden Person jederzeit angenommen werden kann. Im Einklang mit den Zielen des SGB II, die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu beseitigen, die Dauer zu verkürzen oder den Umfang zu verringern (§ 1 Absatz 2 Satz 4 Nummer. 1), ist es keine Voraussetzung für den Wegfall des Regelbedarfes ~~ist es~~, dass die angebotene Arbeit zu einer unmittelbaren Überwindung der Hilfebedürftigkeit führt. Andernfalls wäre der Leistungsentzug von der Größe der Bedarfsgemeinschaft und den dort zu diesem Zeitpunkt bestehenden Einkommensverhältnissen abhängig. ~~Dies erscheint~~ Eine solche Ungleichbehandlung sollte im Hinblick auf Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes Grundgesetz verfassungsrechtlich bedenklich vermieden werden. Auch im Falle eines die Hilfebedürftigkeit nicht überwindenden Arbeitsangebotes ist die Existenzsicherung über erwerbsaufstockendes Bürgergeld sichergestellt.

Kommentiert [AB34]: Anschluss im Genitiv

Kommentiert [AB35]: dito

Kommentiert []: Ergänzungen nach BMJ.

Nach § 31a Absatz 7 Satz 3 finden die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Elemente der Verhältnismäßigkeit auch im Falle des vollständigen Wegfalls der Leistungen Anwendung. Dies beinhaltet die Möglichkeit der nachträglichen Mitwirkung (§ 31a Absatz 1 Satz 6), die in diesem Fall ausschließlich in der Annahme des konkret zur Disposition stehenden Arbeitsangebotes bestehen kann, die Möglichkeit der persönlichen Anhörung (§ 31a Absatz 2) und die Härtefallprüfung (§ 31a Absatz 3). Ebenso ist zu prüfen, ob die Leistungsberechtigten einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen (§ 31 Absatz 1 Satz 2). Betroffene müssen die Möglichkeit haben, etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen, die einer Arbeitsaufnahme bei objektiver Betrachtung entgegengestanden haben.

Zu Nummer 5 (§ 31b)

Buchstabe a (Absatz 3)

Nach § 31b Absatz 3 Satz 1 wird die Minderung aufgehoben, wenn die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme nicht mehr besteht, spätestens aber mit dem Ablauf eines Zeitraums von zwei Monaten. Die Aufhebung hat unmittelbar mit dem Wegfall der Möglichkeit der Arbeitsaufnahme zu erfolgen.

Nach § 31b Absatz 3 Satz 2 sind § 31b Absatz 1 Satz 1 und Satz 3 sowie Absatz 2 Satz 2 entsprechend anzuwenden.

Buchstabe b (Absatz 4)

Folgeänderung zu Buchstabe a.

Zu Nummer 6 (§ 32)

Folgeänderung zu Nummer 5.

Zu Artikel 2 (Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 1 (§ 352)

Die Voraussetzungen, unter denen die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen kann, dass die Beiträge zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden, werden ergänzt. Eine Absenkung durch die Bundesregierung ist danach nur zulässig, wenn die BA eine Rücklage nach § 366 Absatz 1 in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gebildet hat. Nach Ergebnissen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung entspricht dieser Wert dem mittleren konjunkturbedingten Defizit des Haushalts der BA in den vier Rezessionen seit der Wiedervereinigung und der Covid-19-Pandemie (1993, 2002 bis 2004, 2008 bis 2009 sowie 2020 bis 2021). Ohne eine Rücklage in dieser Höhe wäre die BA zum Ausgleich ihres Haushalts in einer typischen Rezession ausschließ-

lich auf Darlehen und/oder Zuschüsse des Bundes angewiesen. Insbesondere Rückzahlungsansprüche des Bundes könnten die Handlungsfähigkeit der BA einschränken. Der Wert bezieht sich dabei auf deutliche Rezessionen mit stark erhöhten Ausgaben beziehungsweise verringerten Einnahmen der BA.

Die Bundesregierung hat für eine zeitweise Absenkung weiterhin die Finanzlage der BA und deren voraussichtliche Entwicklung zu berücksichtigen. Durch die zusätzliche Voraussetzung wird verhindert, dass eine positive Beurteilung und Prognose für eine zeitweise Beitragssatzsenkung ausreichend ist, wenn die BA nicht zuvor eine erhebliche Rücklage gebildet hat. Dies erhöht die Rechtssicherheit für die BA und die Beitragszahlenden.

Zu Nummer 2 (§ 363)

Zur Erhaltung der Liquidität der BA stellte der Bund dieser in den Jahren 2020 und 2021 unterjährig umfangreiche Liquiditätshilfen zur Verfügung, wovon ein Betrag von insgesamt rund 23,8 Milliarden Euro von der BA am Jahresende zum Haushaltsausgleich benötigt wurde und abweichend von § 365 SGB III nicht an den Bund zurückgeführt werden musste. Der Bund hat sich damit in dieser Höhe in den Jahren 2020 und 2021 direkt an der Finanzierung des Haushalts der BA beteiligt. Dies war während der Covid-19-Pandemie von besonderer Bedeutung. Denn die BA hat insbesondere mit der Leistung des Kurzarbeitergeldes in erheblichem Maße dazu beigetragen, die Folgen der Covid-19-Pandemie auf dem Arbeitsmarkt und für die Wirtschaft abzumildern. Die Nutzung von Kurzarbeit erreichte in der Corona-Pandemie einen zuvor nie dagewesenen Umfang und hat sich erneut als zentrale Maßnahme der Krisenbewältigung für den Arbeitsmarkt bewährt. Die Entstehung weitreichender Arbeitslosigkeit mit deutlichen finanziellen Folgen auch für den Beitragshaushalt konnte so verhindert werden.

Die Leistungen des Bundes kamen den Beitragszahlenden unmittelbar zugute. Durch die Finanzierungsbeteiligung des Bundes konnte sich der Haushalt der BA konsolidieren. Die BA wird im Jahr 2023 aus den Überschüssen der Einnahmen über die Ausgaben eine Rücklage bilden können. Damit ist es der BA möglich, in den Jahren 2024 bis 2027 gegenüber dem Bund einen teilweisen Ausgleich für die erheblichen Zuschüsse der Jahre 2020 und 2021 zu leisten. Die Aufteilung des Finanzierungsbeitrags in vier Jahrestanchen ist so bemessen, dass sie die Beitragssatzstabilität nicht gefährdet und die BA nach den aktuellen Finanzschätzungen weiterhin Rücklagen aufbauen kann, wenn auch in geringerem Umfang als bisher geplant.

In den Jahren 2020 bis 2022 hat die BA insgesamt rund 18,6 Milliarden Euro für die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge an die Arbeitgeber während des Bezugs von Kurzarbeitergeld verausgabt. Diese Leistung gehört nicht zu den sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Damit ergibt sich eine Differenz von rund 5,2 Milliarden Euro zu den in den Jahren 2020 und 2021 geleisteten Zahlungen des Bundes in Höhe von insgesamt rund 23,8 Milliarden Euro. Diese Mittel wurden von der BA nicht für die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen an die Arbeitgeber während des Bezugs von Kurzarbeitergeld benötigt. Es ist entsprechend sachgerecht, dass die BA diese über die Ausgaben für die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge hinausgehenden Zahlungen dem Bund erstattet.

Die Erstattung soll in den Jahren 2024 bis 2027 in vier Tranchen in Höhe von insgesamt 5,2 Milliarden an den Bund gezahlt werden. Bei der gebotenen Gesamtbetrachtung des Zeitraums von 2020 bis 2027 besteht mithin weiterhin ein deutlich positiver Saldo zugunsten der BA und damit der Beitragszahlenden.

Die Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen auf vier Jahre ist erforderlich, um der BA in jedem dieser Jahre einen positiven Finanzierungssaldo zu ermöglichen.

Kommentiert [AB37]: Schrägstriche bitte vermeiden
→ bitte die Relation klären und umformulieren (meist genügt ein „oder“)

Kommentiert [RU-B38]: Änderung nicht übernommen, ausnahmsweise gab es auch schon beides zusammen in einem Jahr

Kommentiert [REDACTED]: Müsste hier nicht ausschließlich auf die aktuelle Gesetzeslage im SGB III abgestellt werden und das wären dann Darlehen.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Die Regelungen sollen ~~Es wird das Inkrafttreten~~ am Tag nach der Verkündung im Bundes-
gesetzblatt geregelt in Kraft treten.

Kommentiert [AB40]: ja, aber die Begründung sollte ausführen, warum das i. so geregelt wird, wie es geregelt wird
> bitte ausführen

Kommentiert [RU-B41]: Änderungen eingefügt

Kommentiert [REDACTED]: Das klingt für mich irgendwie merkwürdig. Klassisch ist doch Inkrafttreten am Tag nach der Verkündung. Was wäre den schnellstmöglich am Tag nach der Verkündung?

Kommentiert [RU-B43]: schnellstmöglich gestrichen